

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

September 2002



## Von einem „Besserwisser“ können alle profitieren

Wenn angelsächsische Ökonomen von „investments in human capital“ sprechen, dann klingt das für manchen deutschen Bildungspolitiker kalt und allzu sehr auf das Wirtschaftliche zielend. Doch es wäre gut, wenn sich in der deutschen Bildungspolitik mehr als bisher rundspräche, dass es in der Tat um eine Investition geht, wenn von Bildungssystemen, Bildungschancen, Schulen, Hochschulen oder Berufsausbildung die Rede ist.

Bildung ist eine Investition mit vielen Facetten. Ihr Ertrag erschöpft sich nicht nur in höheren Einkommen, so wichtig die für jeden Einzelnen – und, auf dem Umweg über das Steueraufkommen, für die ganze Gesellschaft – sind. Bildung ist das beste Vehikel für soziale Mobilität. Zugang zu Wissen und Fertigkeiten räumt soziale Schranken beiseite und überwindet die Mauern traditioneller sozialer Schichtungen.

Eine auch im Sinne des Zuzugs offene Gesellschaft kann Neankömmlingen keine bessere und wirkungsvollere Integrationsmöglichkeit anbieten als die Teilhabe an Ausbildungsangeboten. Um des eigenen inneren Zusammenhaltes willen muss eine solche Gesellschaft aber auch das Recht haben, auf dieser Teilhabe zu bestehen. Das ist die stichhaltige Begründung für die Formulierung von Mindestanforderungen von Sprachkompetenz, die eine Gesellschaft an diejenigen richtet, die sich ihr anschließen möchten. Solche Kompetenzen zu vermitteln und zu erweitern ist eine Bildungsaufgabe, die weit über das Wirtschaftliche hinausreicht.

Doch auch im Bereich des Wirtschaftlichen fällt der investive Wert eines guten, leistungsfördernden Bildungssystems ins Auge. Ob es um die Spitzenforschung geht oder um das Beherrschen von Techniken im beruflichen Alltag: Das Aneignen von Wissen steht am Beginn aller Bemühungen. Moderne Gesellschaften erfordern die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Es ist die Leistung eines guten Ausbildungssystems – vor aller Bedeutung des Vermittelns konkreter Wissensinhalte –, dass diejenigen, die sich ihm anvertrauen, das Lernen lernen.

Ein gutes Ausbildungssystem ist ein wertvolles Kapitalgut: entscheidend für die Standortqualität des Landes, für die Chancen seiner Bürger, für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Kaum eine andere Investition bringt solche Renditen.

*Hans D. Barbier*

## Ganztagsschulen gegen PISA-Schock?

Deutschland hat bei der PISA-Studie bekanntlich schlecht abgeschnitten. Während einige den Befund bezweifeln, andere ihn beklagen, während viele hin und her überlegen, weiß die Bundesregierung längst, wie der Misere beizukommen ist: Deutschland braucht mehr Ganztagsschulen. Die Bundesregierung will von 2003 bis 2007 jede vierte Schule zur Ganztagsschule umwandeln. Insgesamt wird das Vorhaben rund vier Milliarden € kosten. Die ersten 300 Millionen € dafür sind bereits im Bundeshaushalt 2003 eingeplant.

Ob die Kultusminister der Länder die Initiative widerspruchslos hinnehmen werden? Schließlich liegt die Bildungspolitik in der Hoheit der Bundesländer.

Derzeit gibt es in Deutschland unter den knapp 40 000 staatlichen Schulen 5,4 Prozent – rund 1 650 – Ganztagsschulen. Gut die Hälfte der Ganztagsschulen sind Sonderschulen (32,5 Prozent) und integrierte Gesamtschulen (21,4 Prozent). Zwischen den Bundesländern bestehen große Unterschiede: Während Berlin im Jahr 2001 rund ein Drittel seiner Schulen als Ganztagsschule betrieb, hatte Sachsen gar keine.

Quelle: Kultusministerkonferenz

## Ausbildungsplatz mit Internet-Hilfe

Wer im WWW eine Lehrstelle sucht, kann über die einschlägigen Portale schnell bei Monster.de landen. Dort wird der Benutzer beim „größten Karriere-Netzwerk im Internet“ begrüßt. Nach zwei Mausklicks – einen für das Bundesland, den zweiten für die angestrebte Ausbildung – hat sich die Sache dann schon erledigt. Das Angebot ist dürftig: Ende August standen nur neun Lehrstellen zur Auswahl.

Erfolgversprechender sind Lehrstellenbörsen, die über die Websites der Industrie- und Handelskammern oder der Handwerkskammern erreicht werden. Mehr als 1 000 Angebote in Nordrhein-Westfalen lassen sich im Netz unter [www.lehrstellen.org](http://www.lehrstellen.org) finden. Oft wird – wie bei der IHK Erfurt – auch auf überregionale Lehrstellenbörsen verwiesen.

[www.lehrstellen.org](http://www.lehrstellen.org)  
[www.erfurt.ihk.de/www/ausweiterbildung/boerse/links](http://www.erfurt.ihk.de/www/ausweiterbildung/boerse/links)

## Zu wenige junge Lehrer

Deutschlands Lehrer sind im Durchschnitt 47,3 Jahre alt; vor fünf Jahren lag der Schnitt bei 45,9 Jahren. Die seitdem neu eingestellten 8 000 Lehrkräfte konnten dem Trend nicht entgegenwirken.

War im Jahr 1995 noch jede siebte Lehrkraft älter als 55 Jahre, traf das im Schuljahr ▶

2000/2001 bereits auf jede fünfte Lehrkraft zu. Der Anteil der Lehrer unter 35 Jahren wuchs von 11,2 Prozent auf 12,1 Prozent. Insgesamt sind fast zwei Drittel der 785 000 hauptberuflichen Lehrer älter als 45 Jahre. Die mit 45,2 Jahren durchschnittlich jüngsten Lehrer gibt es in Mecklenburg-Vorpommern; die ältesten – rund 49 Jahre alt – unterrichten in Bremen und im Saarland.

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Ausgaben für Bildung

Knapp 8,4 Milliarden € kann Edelgard Bulmahn, Bundesbildungsministerin, in diesem Jahr für Bildung und Forschung verwenden. Davon sind knapp zwei Drittel für den Bildungsbereich, das restliche Drittel ist für die Forschung vorgesehen. Insgesamt werden Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr rund 92 Milliarden € für Bildung aufwenden.

Wie viel für Bildung insgesamt ausgegeben wird, ist schwierig zu ermitteln. Die Daten privater Bildungsträger werden unregelmäßiger als die öffentlichen Zahlen erfasst. Statistiken vom Juli 2002 weisen 31,2 Milliarden € aus, die private Bildungsträger 1999 aufgewendet haben. Alles in allem werden dieses Jahr schätzungsweise 125 Milliarden € in die Bildung investiert.

[www.bmbf.de](http://www.bmbf.de)  
[www.blk-bonn.de/bildungsfinanzen.htm](http://www.blk-bonn.de/bildungsfinanzen.htm)

## Schlechte Noten für die Bildungspolitik

Zum Jahresende 2001 gab es schlechte Noten im Lesen, Rechnen und in den Naturwissenschaften: In der internationalen Vergleichsstudie PISA war Deutschland unter 32 Teilnehmerländern auf Platz 21 gelandet. Die Debatte über die „richtige“ Bildungspolitik wurde heftiger, als Ende Juni 2002 mit der Ergänzungsstudie PISA-E bekannt wurde, dass es in einigen Bundesländern noch schlechter um die Schulbildung steht.

Die vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin betreute Ergänzungsstudie PISA-E hat große regionale Unterschiede aufgezeigt: Bayerische Schüler können sich mit schwedischen Schülern messen, die im internationalen Vergleich auf Rang 9 stehen. Schüler aus Bremen hielten dagegen höchstens mit Gleichaltrigen aus Mexiko – international auf Platz 30 – mit.

Die finanziellen Aufwendungen waren für eine gute Platzierung nicht ausschlaggebend: Bremen gab im Jahr 1999 mit rund 5 700 € pro Schüler am meisten aus und ist trotzdem Schlusslicht der Studie geworden.

Gewisse Bedeutung für eine gute Qualifizierung hatte die Unterrichtszeit. Aber auch hier sind die Ergebnisse nicht eindeutig. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland – Platz zwei, fünf und sechs – erhalten die Schüler weniger Unterricht als im Bundesdurchschnitt, aber ihre Leistungen liegen dennoch über dem Durchschnitt, während die Schüler in Mecklenburg-Vorpommern die Schulbank länger drücken und dennoch nur auf den zehnten Platz gekommen sind.

Die Studie erklärt das Leistungsgefälle in Deutschland mit anderen Sachverhalten:

### Was ist PISA?

Auftraggeber der Untersuchung „Programme for International Student Assessment“ (PISA) ist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Mit PISA sollen Kenntnisse und Fähigkeiten von Jugendlichen gegen Ende der Pflichtschulzeit überprüft werden.

PISA ist fächerübergreifend angelegt und umfasst drei Lernbereiche: Lesekompetenz, mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung.

Im Jahr 2000 wurde die Lesekompetenz schwerpunktmäßig, die beiden anderen Lernbereiche nachgeordnet überprüft.

2003 werden die mathematische, abschließend dann 2006 die naturwissenschaftliche Grundbildung den Schwerpunkt bilden. Die Tests bestehen zum einen aus Multiple-Choice-Aufgaben, zum anderen aus Fragen, die in eigenen Worten zu beantworten sind.

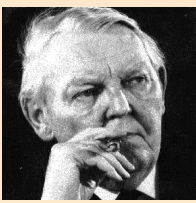
Den PISA-Test 2000 haben rund 180 000 Schüler aus 32 Staaten absolviert. In jedem Land wurden zwischen 4 500 und 10 000 Schüler im Alter von 15 Jahren geprüft. In Deutschland wurde ergänzend ein Leistungsvergleich zwischen den Bundesländern durchgeführt.

■ Da ist einmal das Sprachproblem. In Deutschlands Schulen gibt es immer mehr Schüler, für die Deutsch nicht ihre Muttersprache ist. Der Anteil der 15-jährigen Schüler mit fremdem Pass schwankt zwischen 14 Prozent in Schleswig-Holstein und fast 40 Prozent in Bremen.

■ Die gezielte Förderung leistungsschwacher Kinder ist in Deutschland unzureichend. Kinder, die als noch nicht schulreif eingestuft

sind, werden zurückgestellt. Bleiben die notwendigen Leistungen in der Schule aus, sind eine „Ehrenrunde“ oder der Wechsel der Schulform üblich.

Dies hat zur Folge, dass die soziale Herkunft stark über den Bildungserfolg entscheidet. In Bayern hat beispielsweise ein Kind aus einem Selbständigen- oder Beamtenhaushalt bei gleichen Fähigkeiten eine mehr als sechsmal höhere Chance, ein Gym-

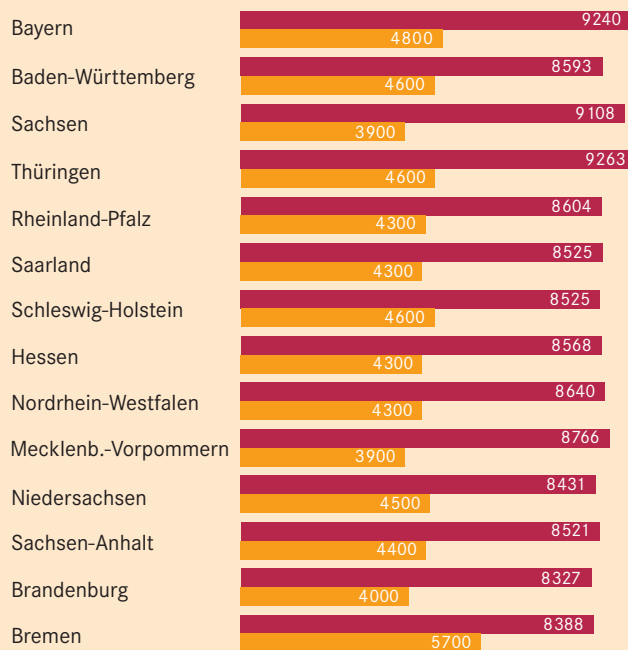


## Bildung ist mehr als Fachwissen

„Es genügt nicht, eine ansehnliche Mannschaft von Wissenschaftlern und Managern heranzuzüchten, die die Apparaturen beherrscht.“

Ludwig Erhard

### Unterrichtsstunden und -kosten



■ Stundenzahl bis Klasse 9

■ Ausgaben pro Schüler in €

Reihenfolge nach Platzierung; Berlin und Hamburg nicht in der Wertung

Quelle: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Zusammenfassung zentraler Befunde, Opladen 2002

nasium zu besuchen, als ein Kind aus einem Facharbeiter-Haushalt.

Welche zwingenden Konsequenzen müssen aus PISA gezogen werden? Die Studie selbst enthält dazu nur wenige Hinweise:

■ Die gute Platzierung von Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen wird auch darauf zurückgeführt, dass dort zentrale Abschlussprüfungen durchgeführt werden. Es wird daher angeregt, auf Länderebene verbindliche Standardniveaus oder landesweit einheitliche Abschlussprüfungen einzuführen.

■ Schulleitungen und ihre Direktoren müssen eigenständig agieren und selbst über

den Einsatz ihrer Ressourcen und pädagogischen Möglichkeiten entscheiden dürfen. Noch wird der Schulalltag zu stark durch Vorgaben, Gesetze, Erlasse und Verfügungen bestimmt.

■ Leistungsvergleiche und Wettbewerb zwischen den Schulen können Stärken und Schwächen von Unterrichtsmodellen und -methoden aufdecken und helfen, dass sich erfolgreichere Unterrichts- und Schulkonzepte durchsetzen.

Diese Vorschläge sind gewiss nicht faszinierend. Aber sie sind konkret und lassen sich problemlos umsetzen. Viele Stellungnahmen zu PISA bleiben demgegenüber vage, und man weiß nicht, ob es

sich um bildungspolitische Forderungen oder um Wahlkampfphrasen handelt:

■ Bei den schulpolitischen Wahlaussagen von CDU/CSU und FDP sticht die Forderung nach Verkürzung der Schulzeit heraus; die „obligatorische Fortbildung für Lehrer in der unterrichtsfreien Zeit“ fällt in den Programmen von SPD und FDP ins Auge.

■ Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, ab Herbst 2003 jährlich einen Bundesbildungsbericht vorzulegen und bis 2004 verbindliche Bildungsstandards für Abschlussprüfungen und Lernprozesse auszuarbeiten.

■ Der Deutsche Philologenverband plädiert für die Stärkung des Leistungsgedankens im Unterricht. Der Unterricht muss auf problemlösendes Denken statt auf Abfragen von Inhalten ausgerichtet werden. Außerdem sollen Lehrer Prämien und Zulagen bei besonderen Leistungen erhalten.

■ Als Reaktion auf die Ergebnisse der PISA-Studie hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den Kultusministern ihre Kooperation angeboten und einen bundes-

weiten „Tag der Bildung“ angeregt. An diesem Tag sollen an allen Bildungseinrichtungen – insbesondere in Kindergärten, allgemein- und berufsbildenden Schulen – konkrete Maßnahmen verabredet werden, mit denen sich die Lern- und Lehrsituation verbessern lassen könnte.

■ Die BundesschülerInnenvertretung (BSV) findet, Ganztagschulen seien gesellschafts- und sozialpolitisch überfällig und pädagogisch dringend notwendig.

■ Der Bundeselternrat betont, dass eine Reform des Bildungswesens nicht ohne intensive Kooperation zwischen Eltern und Schule gelingen kann.

■ Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fordert die Anerkennung der Familie „als grundlegende Bildungsinstitution der Kinder und Jugendlichen“. Er kritisiert, dass im Zentrum der bildungspolitischen Analysen und Reformvorschläge fast ausschließlich schulische Organisationsfragen, Lerninhalte und Leistungsstandards stehen.

### Weitere Infos über PISA im Internet

[www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=1307](http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=1307)

[www.faz.net/](http://www.faz.net/)

[www.ipn.uni-kiel.de/projekte/pisa/index.html](http://www.ipn.uni-kiel.de/projekte/pisa/index.html)

[www.kmk.org/aktuell/home.htm](http://www.kmk.org/aktuell/home.htm)

[www.learn-line.nrw.de/angebote/pisa/](http://www.learn-line.nrw.de/angebote/pisa/)

[www.mpib-berlin.mpg.de/pisa](http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa)

[www.pisa.oecd.org/](http://www.pisa.oecd.org/)

[www.sueddeutsche.de/index.php?url=karriere/studium/31911](http://www.sueddeutsche.de/index.php?url=karriere/studium/31911)

[www.zeit.de./2002/pisa](http://www.zeit.de./2002/pisa)

[online.wdr.de/online/politik/schulstreit/behler\\_pk.phtml](http://online.wdr.de/online/politik/schulstreit/behler_pk.phtml)



## Sanierungsfall D

„Deutschland ist ein großer, psychologisch schwieriger und von guten alten Zeiten verwöhnter Sanierungsfall.“

Jürgen Kluge, Deutschland-Chef McKinsey

# IM KLARTEXT

September 2002

### SM Index



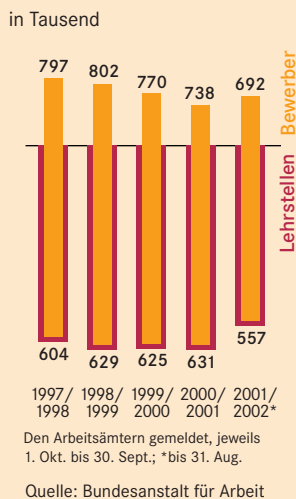
## Die Soziale Marktwirtschaft im September 2002

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

## Vollbeschäftigung

Ende August hatten rund 135 000 Jugendliche noch keine Lehrstelle. Zugleich beklagen viele Unternehmer, keine Lehrlinge finden zu können: Knapp 60 000 Ausbildungsstellen waren noch unbesetzt.

### Lehrstellenstatistik



Erst im Herbst wird sich zeigen, wie viele junge Erwachsene in diesem Jahr ohne Ausbildungsplatz bleiben. Die Statistiken der Arbeitsämter erfassen nur rund 90

Prozent des Geschehens im Ausbildungsbereich. Zum anderen melden die Betriebe erfahrungsgemäß Ausbildungsplätze nach, Bewerber geben doppelt belegte Ausbildungsplätze frei oder weichen auf eine schulische Ausbildung aus.

Wie dem auch sei: 2001 sind mindestens 8 500 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz geblieben, 2002 werden es noch mehr sein. Unter Jugendlichen verbreitet sich das Gefühl, in der Gesellschaft nicht gebraucht zu werden. Das ist ökonomisch und sozial verhängnisvoll.

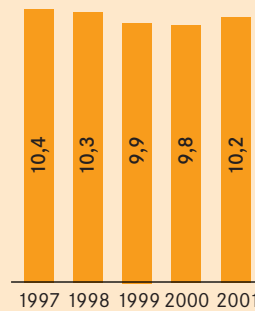
## Geldwertstabilität

Sparquote nennen Ökonomen den Teil, der vom verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gespart wird. In Deutschland ist diese Quote 2001 von 9,8 auf 10,2 Prozent gestiegen. Sie erhöhte sich erstmals seit 1991 wieder; damals lag sie bei 13 Prozent.

Menschen sparen, um auf das Zurückgelegte später zugreifen zu können. Das ist nur möglich, wenn Investoren die Ersparnisse nutzen und

### Sparquote

in Prozent



sie für neue Produkte und wachsende Unternehmen verwenden. So gesehen sind risikante und spekulative Investitionen, die Ersparnisse vernichten, schlimm. Sie hintertreiben die Geldwertstabilität.

## Eigenverantwortung

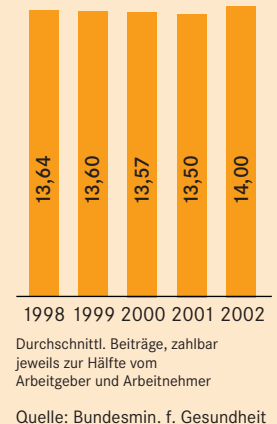
Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden weiter steigen: Davon gehen 87 Prozent der Bundesbürger aus. Derzeit liegen günstige Beiträge bei zwölf, hohe bei rund 15 Prozent.

72 Prozent der Deutschen sehen sich im Krankheitsfall

nicht mehr optimal versichert. Sie sind überzeugt, dass eine private Zusatzversicherung unabdingbar wird. 70 Prozent überlegen, in eine private Krankenversicherung zu wechseln, 17 Prozent würden sofort wechseln, wenn sie die GKV verlassen dürften. Rund 7,8 Millionen Bundesbürger sind zur Zeit privat krankenversichert, alle übrigen sind Mitglieder der GKV. Nur wer als abhängig Beschäftigter monatlich mehr als 3 375 € brutto verdient, darf der GKV den Rücken kehren.

### Beitragssätze

in Prozent



## Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de